

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	11
Literaturverzeichnis	15
Teil 1: Ausgangslage und Fragestellung	21
A. Einführung und Aufbau	21
B. Kritische Analyse des gegenwärtigen Rechtszustandes	22
I. Realbereichsanalyse	22
1. Wertschöpfungsstufen im Energiemarkt	23
2. Faktoren der gegenwärtigen und künftigen Entwicklung .	25
3. Skizze der gegenwärtigen und künftigen Entwicklung ..	28
II. Kritik des § 107 GO NRW mit Blick auf den Energiemarkt ..	30
1. Skizze des Regelungskonzepts	30
2. Konfrontation mit dem Entwicklungsszenario im Energie-	
markt	30
a) Dynamisierung, Innovations- und Wettbewerbsdruck:	31
b) Oligopol-situation auf dem Erzeugermarkt:	32
c) Entörtlichung/Internationalisierung:	32
d) Kooperationsnotwendigkeit:	33
3. Dogmatische Schwächen des Regelungskonzepts	33
a) Rechtspflichten und rechtlich begründete Vorteile ..	34
b) Die europarechtliche Perspektive	35
C. Politische Zielvorstellungen	39
Teil 2: Regelungskonzept und rechtliche Beurteilung	41
A. Das Konzept eines Ordnungsrahmens für die „energie-	
wirtschaftliche Betätigung“	41
I. Regelungskonzepte aus anderen Bundesländern und aus	
der Wissenschaft	41
1. Sachsen-Anhalt	42
2. Thüringen	43
3. Das kommunale Wettbewerbsunternehmen nach den	
Vorstellungen von Hans D. Jarass	44

II. Eigenes Konzept: Gesetzesunmittelbare Entfaltung eines spezifischen Ordnungsrahmens „energiewirtschaftliche Betätigung“	46
1. Standort und Verhältnis zu den beiden bisherigen Kategorien	46
2. Anwendungsbereich	48
a) Tätigwerden innerhalb der Energieversorgung	48
b) Tätigkeiten mit unmittelbar funktionalem Bezug zur Energieversorgung	50
3. Opt-out-Klausel	52
B. Fortbestehende, teilweise modifizierte Rechtsbindungen	53
I. Jedenfalls mittelbare Erfüllung eines öffentlichen Zwecks	54
1. Regelungsvorschlag	55
2. Beachtung der verfassungsrechtlichen Mindestanforderungen	56
a) Inhalt	56
b) Beurteilung	58
II. Leistungsfähigkeit nebst Vorgaben zur Begrenzung des wirtschaftlichen Risikos	60
C. Wegfallende rechtlich begründete Vorteile	62
I. Konzeptidee	62
II. Ausschluss der öffentlich-rechtlichen Organisationsformen	63
III. Verbot der Kapitalzufuhr?	65
1. Ausgangslage und beihilferechtlicher Rahmen	65
2. Bewertung	66
IV. Verbot der Leistung von Krediten, Bürgschaften und Sicherheiten	67
1. Ausgangslage, v. a. bei den sog. Kommunalkrediten	67
2. Bewertung	69
V. Haftungsbeschränkung	70
VI. Vergaberechtspflicht trotz vorliegender Inhouse-Voraussetzungen	71
1. Ausgangslage	71
2. Die sog. Inhouse-Ausnahme	73
3. Bewertung	74
D. Wegfallende Rechtsbindungen	74
I. Grundsätzliche Statthaftigkeit der überörtlichen Betätigung	75
1. Künftige Voraussetzungen	75
a) Jedenfalls mittelbare Verfolgung eines öffentlichen Zwecks	75

b)	Leistungsfähigkeit	76
c)	Beachtung derjenigen Interessen der betroffenen anderen kommunalen Gebietskörperschaften, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen	77
d)	Anzeige- statt Genehmigungspflicht für die energiewirtschaftliche Betätigung im Ausland	78
2.	Vereinbarkeit mit Art. 28 Abs. 2 GG bzw. Art. 78 Verf NRW	79
a)	Verfassungsrechtsdogmatische Ausgangslage	80
b)	Notwendigkeit und Reichweite einer gesetzlichen Erweiterungsklausel	81
c)	Vereinbarkeit mit dem Selbstverwaltungsrecht der betroffenen anderen Kommunen	85
3.	Vereinbarkeit mit dem Gebot demokratischer Legitimation	88
4.	Vereinbarkeit mit den Grundrechten der privatwirtschaftlichen Unternehmen	89
II.	Modifizierung der Pflicht zur Marktanalyse nach § 107 Abs. 5 GO NRW	89
Teil 3: Management Summary		91